

GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

Januar/Februar 2006

Informationen zur grünen Kommunalpolitik
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 23

In alter Tradition in die Zukunft geblickt

Neujahrsempfang des KV Ludwigsburg mit Reinhard Bütikofer

VON JULIA SCHWEIZER

Erst im letzten Jahr hatte der KV Ludwigsburg mit der „Tradition des Neujahrsempfangs“, so Jürgen Walter scherzend, begonnen – und in diesem Jahr gleich ein politisches Schwergewicht eingeladen: den Parteivorsitzenden Reinhard Bütikofer. Er sprach rund eine Stunde lang über die Herausforderungen für Deutschland im 21. Jahrhundert. Dazu zählte er vor allem die Globalisierung mit den damit verbundenen Risiken Atomkraft, für Bürgerrechte oder Verbraucher-



BEGLEITETE DEN ABEND MUSIKALISCH: DIE VON DER UNESCO AUSGEZEICHNETE BRENZ-BAND FOTOS: J. SCHWEIZER

schutz, den „fundamentalen Wandel“ der Gesellschaft, Umwelt- und Klimawandel sowie die Gefährdungen für Frieden und Sicherheit. Beim letzten Punkt äußerte sich der Parteivorsitzende auch zu den Vorwürfen, dass der BND der amerikanischen Armee im Irak-Krieg Informationen geliefert haben soll: „Wir wollen Aufklärung.“ Um die genannten Herausforderungen zu bestehen, sei Veränderungsbereitschaft des Einzelnen notwendig. Diese müsse aber gepaart sein mit einem solidarischen Zusammenhalt. „Man muss sich auf eine gewisse Grundsolidarität verlassen können.“ Ebenso wichtig: Gerechtigkeit, die sich unter anderem im Zugang zu Bildung oder dem Arbeitsmarkt und einer verlässlichen Sozialversicherung zeige. „Die Gesellschaft braucht ein Leitbild“, forderte Reinhard Bütikofer auf. Er sieht die Grünen in dieser Diskussion gut und selbstbewusst aufgestellt: „Wir müssen uns nicht verstecken“, und spielte damit auf andere Parteien an, die gerade auch vor den Wahlen, grüne Themen für sich entdecken. Konkret forderte er mehr Innovation und Wettbewerb, weniger Subvention und Bürokratie. Besonderes Augen-



GASTREDNER BEIM NEUJAHRSEMPFANG: PARTEIVORSITZENDER REINHARD BÜTIKOFER

merk werden die Grünen nun auf eine Schul- und Bildungsreform, Alternativen zum Öl, Förderung für Kinder, neue Technologien und deren Risiken sowie die europäische Einigkeit richten.

Kein Nordoststring durch die Hintertür

Die Grünen im Landtag machen mit einem Antrag Front gegen die Planungen für eine neue Neckarbrücke als Vorgriff auf einen Nordoststring um Stuttgart. Ein Gruppe von Abgeordneten um den verkehrspolitischen Sprecher Boris Palmer und den Ludwigsburger Abgeordneten Jürgen Walter verlangt von der Landesregierung, die Planungen für einen Nordoststring durch die Hintertür umgehend einzustellen und den politischen Willen des Bundesgesetzgebers wie auch der betroffenen Kommunen zu akzeptieren: Keine Planungen für eine Autobahnverbindung durch das Schmidener Feld.

Palmer und Walter sind der Auffassung, dass das Agieren des Regierungspräsidenten nicht länger hinnehmbar ist: „Entweder die Landesregierung erklärt offen, dass sie den politischen Mehrheitswillen im Bundestag, in Fellbach, in Waiblingen und nun auch in Stuttgart ignoriert, oder sie pfeift den Regierungspräsidenten zurück. Es ist nicht länger hinnehm-

bar, dass die Verwaltung sich über die Politik hinwegsetzt und Straßenbauer munter ihre Fantasien verwirklichen.“

Die Grünen setzen als Alternative zum Nordoststring auf ein dreigliedriges Konzept: Für den Regionalverkehr in der Stuttgarter Tangentiale wollen sie kleine Ortsumfahrungen verwirklichen. Für den Fernverkehr zur A 81 soll die ohnehin im Ausbau befindliche Achse B 14/ L 1191 mit der Auffahrt Mundelsheim dienen. Und zur Entlastung des Straßennetzes soll eine Stadtbahn Waiblingen-Remseck-Ludwigsburg beitragen. Palmer: „Wenn die Landesregierung nicht endlich vom Landschaftszerstörungsprojekt Nordoststring abrückt, droht eine Fortsetzung des fruchtlosen Kampfes um diese Straße alle schnell zu verwirklichenden Lösungen auf Dauer zu blockieren. Wir setzen auf angepassten Ausbau statt einer neuen Autobahn und mittelfristig auf eine Schienenverbindung Waiblingen-Ludwigsburg.“ (reda)

Bilanz der Ludwigsburger Fraktion

Ludwigsburg. Das Jahr 2006 ist schon nicht mehr ganz neu. Dennoch möchten wir noch einmal auf 2005 zurückblicken. Zu den einzelnen fett gedruckten Stichwörtern können ausführlichere Infos angefordert, bzw. auf unserer Website eingesehen werden. Das **Stadtentwicklungskonzept** hat unsere Arbeit das ganze Jahr geprägt. Bürgerinnen und Bürger waren bei verschiedenen Veranstaltungen aufgefordert sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen. Dabei wurden zu 11 Themen Leitsätze und Ziele formuliert. Wir vergleichen die Leitsätze (*kursiv*) mit den Diskussionen und Entscheidungen in den kommunalpolitischen Gremien im vergangenen Jahr.

1. Wie wollen wir künftig wohnen?
„...mit Fläche und Energie wird ressourcenschonend umgegangen...“

Drei neue Baugebiete mit insgesamt 20 ha Fläche wurden weiter entwickelt. Der dafür nötige ökologische Ausgleich soll über das **monetäre Ökokonto** abgedeckt werden. Wie, wo, wann und in welchem Umfang ist nicht klar. Damit das Ökokonto genügend Guthaben aufweist, werden fleißig Punkte gesammelt – auch wenn die Maßnahmen, wie z. B. bei der Renaturierung des Hungerbergs oder der Marienwahl der Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes dienen und keine neue Aufwertung bedeuten. Für das 4. Baugebiet (und nur das wird von uns unterstützt) gelang es noch kurz vor Jahresende das Gelände vom Bund zu erwerben. Die ehemalige Flakkaserne hat die Chance sich zu einem zukunfts-fähigen Wohngebiet zu entwickeln.

Auch noch kurz vor Jahresende hat der Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss gefasst wonach die Stadt künftig bei allen neuen Baugebieten von ihrem Vorkaufrecht Gebrauch macht. Grundlegende strukturelle Veränderungen bei der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft stehen noch aus. Zwar wurde das Mandat von erstem Bürgermeister Hesky als weiterem Geschäftsführer verlängert, aber vor einer Entscheidung über die zukünftige Ausrichtung der Wohnungsbau muss das wohnungspolitische Konzept der Stadt auf dem Tisch liegen. Wir werden die Entwicklung weiter kritisch begleiten.

2. Kulturelles Leben

„...Güte und Vielfalt des kulturellen Lebens tragen maßgeblich zum Bild der Stadt bei...“

Den Haushalt für 2006 haben wir u. a. deshalb abgelehnt, weil darin die Zu-

schüsse für kulturelle Einrichtungen gekürzt wurden. Eine Neukonzeption für das Museum und den Kunstverein (eh. Kripo-Gebäude) stagniert. Die Kunstschule Labyrinth muss mit Kürzungen bzw. Aufschüben der städtischen Unterstützung in Höhe von bis zu 30.000 € rechnen. Gleichzeitig wird eine Großleinwand für die Fußball-WM mit 100.000 € unterstützt. Das Kulturprogramm im Forum wird aufgrund der knappen Mittel weiter reduziert. Hier besteht die Gefahr, dass qualitativ anspruchsvolle Veranstaltungen abgebaut und lukrativere, seichtere Unterhaltung geboten wird.

3. Wirtschaft und Arbeit
„...vielschichtige, traditionelle und innovative Unternehmen prägen den Wirtschaftsstandort...“

Im Film- und Medienbereich gibt es positive Entwicklungen. Leider hat sich beim Walcker-Areal noch nichts getan. Die Metallhütte Bruch sichert zwar Arbeitsplätze, ist aber wegen ihrer Emissionen trotzdem nicht geliebt. Eine Ansiedlung in der Weststadt wurde verhindert. Nun scheint beim EVS-Gelände in Marbach ein Standort gefunden zu sein. Wie sich das auf die Vermarktung des neuen Wohngebiets „Neckarterrasse“ auswirkt, können wir noch nicht absehen.

4. Vitale Stadtteile
„...die Stadtteile pflegen und erhalten ihre Identität...“

Das Projekt „Soziale Stadt“ hat Eglosheim voran gebracht. Jetzt soll es auch in Grünbühl/Sonnenberg wirken. Dazu muss aber die Bürgerbeteiligung im Stadtteil stärker eingefordert werden. Die Nahversorgung in den Stadtteilen Hoheneck und Neckarweihingen bereitet weiterhin Probleme. Ein Vorschlag der Stadtverwaltung zu einem Einkaufsmarkt am Ortseingang von Neckarweihingen, wird vom Stadtteilausschuss abgelehnt. Er befürchtet, dass dann die letzten Läden in der Ortsmitte zumachen. Das Ende des noch vorhandenen Supermarktes im nördlichen Stadtteil ist vorherbestimmt – egal ob mit oder ohne neuen Einkaufsmarkt im Süden. Die Stadt verhandelt mit Betreibern von CAP-Märkten. Obwohl das in Bietigheim gut funktioniert, tut man sich hier in Ludwigsburg schwer damit.

5. Lebendige Innenstadt

„...die lebendige Innenstadt ist barock und modern...“

Nach jahrelangem Hickhack um den Wilhelmsbau konnte im Herbst endlich der Spatenstich zum Umbau zur

WilhelmGalerie erfolgen. Mit der WilhelmGalerie wird es weitere Veränderungen, u.a. auch durch die Erweiterung der Kreissparkasse, bei Straßen im Umfeld und in der Fußgängerzone geben, die zu einer deutlichen Aufwertung der Innenstadt führen.

Die Zustände auf unserem **Bahnhofsvorplatz** sind beschämend und gehören dringend verändert. Leider ist die Einsicht dazu bei den anderen Fraktionen noch nicht da. Weil den PKW-Nutzern ein Umweg über die Uhlandstraße nicht zuzumuten sei, wollen sie lieber am „status quo“ festhalten.

Thema Radwegenetz: Fahrradfahrer sind die besten Kunden für den Einzelhandel in der Innenstadt. Hofiert werden von Stadt und Einzelhandel nach wie vor aber nur die Autofahrer, die die für alle Steuerzahler teuren Parkplätze mit Brötchentaste und Gutzeitkarte versüßt bekommen. Immerhin wurde unser Antrag, die Ausschilderung der Radwege nach dem neuen – auch vom ADFC empfohlenen – System sukzessive einzuführen, von der Stadtverwaltung positiv aufgegriffen.

6. Zusammenleben
„...die Menschen leben unabhängig von Herkunft (...) oder Alter in gleichberechtigter Teilhabe am Stadtleben, in guter Nachbarschaft...“

Gleich zu Beginn des Jahres bemühte sich der alevitische Kulturverein um Räume für ein Gemeindezentrum in der Steinbeisstraße. Nachbarn haben dieses Ansinnen verhindert. Der islamischen Gemeinschaft Ludwigsburg steht die Nutzung der ehemaligen TTL-Gebäude in der Solitudeallee nach dem Baurecht zwar zu, die Nachbarn sehen das aber anders.

Fortsetzung auf S.2

VON KARL BURGMAIER

Remseck. „Remseck am Neckar“ lautet der offizielle Name der Großen Kreisstadt. Die Schiffsfahrtsstraße Neckar ist bekannt, auch die Staus über die Neckarbrücke zwischen Neckargröningen und Neckarremms werden immer bekannter. Viel Neckar in den Worten und Namen, aber wenig Neckar für die Menschen zum Erleben. Aufenthaltsbereiche nah am Fluss, Liegewiesen zur Naherholung oder gar ökologisch wertvolle Flächen: Fehlanzeige. Das war nicht immer so und muss auch nicht so bleiben. Im Flächennutzungsplan spricht sich die Stadt Remseck dafür aus, dass Neckar und Rems wieder erlebbar gemacht werden sollen für die Menschen. Zurück zu der Zeit vor der Kanalisierung des Flusses geht nicht mehr, die Aldinger Mühle am Neckar ist Vergangenheit. Aber eine Aufwertung des Neckars – ökologisch und für die Naherholung – ist möglich.



SCHIFFFAHRTSSTRAßE NECKAR BEI ALDINGEN MIT DÄMMEN LINKS UND RECHTS SOWIE SCHLEUSE IM HINTERGRUND FOTO: KARL BURGMAIER

Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Uhlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

Ja, ich will Mitglied bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werden:

Name, Vorname:	Kreis:
Straße, Nr.:	E-Mail:
PLZ, Ort:	Beruf:
Tel.:	Geburts-tag:
Fax:	Geschlecht:

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monatlich Euro (laut Satzung 1 % vom Nettoeinkommen) von folgendem Konto einzuziehen:
Bank: BLZ: Datum, Unterschrift:

Gesinnungsterror?

VON ELFRIEDE STEINWAND

Ludwigsburg. „Ein Stück weit Gesinnungsterror“, viel mehr fiel Stadtrat Albrecht Bergold, SPD, nicht ein zu unserem Antrag für ein Rauch(er)freies Rathaus. Worum geht es? Die Gefahren des Passivrauchens sind bekannt. Sie werden trotzdem nach wie vor unterschätzt und immer noch verharmlost. Mindestens 3.300 Menschen sterben jährlich – nach vorsichtigen Schätzungen – am Passivrauchen. Passivraucher haben ein 25 % höheres Krebsrisiko als sonstige Nichtraucher. Und Schutz ist nicht so einfach möglich, wie manche meinen. Die von Rauchern produzierten Giftstoffe lassen sich nämlich nicht in bestimmte Räume einsperren und wirken noch lange mit hohem Gefahrenpotential. Da hilft kein Lüften. Dies belegt die kürzlich erschienene Studie „Passivrauchen – ein unterschätztes Risiko“, erstellt vom Deutschen Krebsforschungszentrum und den Universitäten Heidelberg und Münster erneut. Raucherzimmer oder zum Rauchen ausgewiesene Flurteile genügen zum Schutz nicht rauchender Besucher und Mitarbeiter nicht. Die durch das Rauchen verursachten Schadstoffe verbreiten sich in gesundheitsgefährdender Konzentration über diese Bereiche hinaus und haften



über lange Zeit an Wänden, Decken, Böden und Möbeln. Von dort aus werden sie kontinuierlich freigesetzt. „Nicht einmal ein Hurrikan würde diese festhaftenden Substanzen aus einem Raum vollständig hinausfegen können“. Schutz der Rathausnutzer bietet deshalb nur ein ausnahmsloses Rauchverbot in allen städtischen Räumen und Verkehrsflächen. Jeder darf rauchen, vielleicht zu Hause, jedenfalls im Freien. Gesinnungsterror? Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit endet bei der Verletzung der Rechte anderer (Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz). Dem Schutz von Gesundheit und Leben der städtischen Bediensteten und der Besucher der städtischen Räume sind auch der Gemeinderat und die Stadtverwaltung verpflichtet. Ausgerechnet der stellvertretende Vorsitzende des größten Ludwigsburger Sportvereins, der sich auch mit Gesundheitsprogrammen hervortut, sieht das anscheinend anders – und mit ihm Roland Glasbrenner, FWV: „ein Hauch von Populismus“, meinte er. Und auch sonst zeigte sich keine Unterstützung für unseren Vorstoß im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales. Andere Länder, wie z.B. Ungarn, sind da weiter. Entschieden ist aber noch nichts. Die Verwaltung wird das Thema nun mit dem Personalrat erörtern.

Biomassekraftwerk, Radwege, Kinderbetreuung

Kreistagsfraktion bei OV's in Marbach

TEXT/FOTO: EVA MANNHARDT

In großer Runde haben sich die Ortsverbände von Marbach, Erdmannhausen und dem Bottwartal zum Gespräch mit der Kreistagsfraktion versammelt. Wie wichtig der Austausch zwischen Fraktion und Aktiven vor Ort ist, wurde deutlich an der Vielzahl von Themen, die zur Sprache kamen. Lange wurde über die Entwicklung des Technologieparks Marbach diskutiert. Die Ansiedlung von Schwerindustrie (Aluschmelze) in dieser Lage wird kritisch gesehen, sowohl wegen der Emissionen, als auch wegen des anfallenden Verkehrs. Interessant ist die Frage, ob sich der Standort für ein Biomassekraftwerk eignet. Im Landkreis fallen immerhin 12.000 t Grün- gut jährlich an, von denen nur 4000 t im Kreis verwertet werden. Der Rest wird verkauft. Um ein Biomassekraftwerk wirtschaftlich zu betreiben, muss aber ein Wärmeabnehmer gefunden werden. Welche Möglichkeiten es dafür gäbe wird auf Anregung der Grünen im Kreistag derzeit geprüft. Vielleicht könnte das Kraftwerk auch den Strombedarf der Aluschmelze decken. Ausserdem soll geprüft werden, ob das alte Industriegleis reaktiviert oder evtl. der Hafen ausgebaut werden kann, um den Verkehr auf der Straße zu vermindern. Ausführlich erörtert wurde auch die Führung des Radwegs an der Neckarbrücke in Benningen. Als wichtige Verkehrsverbindung zwischen Ludwigsburg und dem Bottwartal ist der Radweg stark befahren und birgt, weil er mit dem Gehweg direkt neben der Straße läuft, ein hohes Gefahrenpotential. Wenn jetzt an der Landesstraße der Kreis gebaut wird, wäre es dringend nötig, den Radweg an den Neckar zu verlegen, damit er durchge-

hend bleibt und geschützt ist. Die Kreistagsfraktion nimmt die Anregung gerne auf, und wird sie im Ausschuss für Technik und Umwelt ansprechen. Keine überzeugenden Fortschritte macht die Umsetzung der Tagesbetreuung von unter dreijährigen Kindern. Beim Landkreis ist man über das Datenerheben noch nicht hinaus gekommen. Interessant ist, dass die Gemeinde Steinheim bereits einen klaren Stufenplan erarbeitet hat, während man sich in den meisten anderen Kommunen offensichtlich sehr schwer tut. Übereinstimmend wurde auch berichtet, dass an einer interkommunalen Zusammenarbeit seitens der Bürgermeister und der Gemeinderatsmehrheiten wenig oder gar kein Interesse besteht. Gerade auf diesem Gebiet könnte man sehr effektiv die Kosten für das notwendige aber eben teure Fachpersonal gemeinsam übernehmen und konzeptionell sehr viel erreichen. Noch eine Vielzahl weiterer Themen wurde angesprochen. So war es für die Grünen Kreisräte wichtig zu erfahren, dass die Eingliederungshilfe für Behinderte seit Auflösung des Landeswohlfahrtsverbands eine bürokratische Achterbahnfahrt geworden ist, weil auf dem Landratsamt zu wenig spezialisiertes Personal vorhanden ist. Darüber, dass der Krankenhausstandort Marbach als unverzichtbarer Standort zur Notfallversorgung gesehen wird, waren sich die Ortsgrünen mit den Kreisräten einig. Gerade wenn man die demografische Entwicklung berücksichtigt, müssen dezentrale Einrichtungen unbedingt erhalten werden. Die grüne Kreistagsfraktion wird sich in nächster Zeit schwerpunktmäßig mit der Krankenhaus-situation im Landkreis befassen.



Bilanz...

Mit unserem Antrag „Ludwigsburg – Partner der Welt“ wollen wir das Thema „Integration“ voran bringen. Wir haben noch nicht erreicht, dass die verschiedenen Nationalitäten wirklich gleichberechtigt integriert sind. Mit dem Ende des Jahres gibt es keinen Ausländerausschuss mehr. Im künftigen „Integrationsbeirat“ werden auch Aussiedler vertreten sein. 7. Grün in der Stadt „...der Grünleit- und Spielflächenplan mit Bürgerbeteiligung ist das zentrale Instrument für die grüne Zukunft...“ Das große regionale Projekt „Landschaftspark Neckar“ wurde weiter entwickelt. Drei von 52 Projekten sollen auf Ludwigsburger Markung umgesetzt werden. Das größte und bedeutendste sind die „Zugwiesen“, die den Fluss für Fische wieder verbindet und das Gebiet ökologisch aufwertet. Die Umgestaltung des Neckarufers in Hoheneck und beim Baugebiet Neckartrasse unterstützen wir hingegen nicht. Die Strombergstraße und die Waiblinger Straße würden wichtige Naherholungsflächen zerstören. Nachdem der Ausschuss unseren Antrag für eine alternative Planung eines Bürgergartens auf der Grünfläche zwischen Obweil und der Oststadt abgelehnt hat, haben wir selbst einen Landschaftsarchitekten beauftragt. Zahlreiche Flächen könnten in der Stadt entsiegelt werden und damit wieder Regenwasser aufnehmen, statt es in die Kanalisation zu leiten, wodurch Kanäle und Regenüberlaufbecken bei Starkregen den Wassermengen nicht mehr gewachsen sind. Zumindest in Neubaugebieten soll das Regenwasser durch Dachbegrünung zurück gehalten und/oder oberirdisch abgeleitet werden. Eine gesplittete Abwassergebühr könnte diese Maßnahmen fördern und wäre zudem sozial gerechter. Während andere Städte per Gericht dazu verdonnert werden, wurde unser Antrag dazu erneut abgelehnt. 8. Mobilität „In Ludwigsburg werden alle Verkehrsmittel miteinander vernetzt und die Verkehrsströme umwelt- und sozialverträglich gelenkt.“ Zum Gesamtverkehrsplan: Der stellte sich bei genauer Betrachtung als Liste aller möglicher Straßenplanungen in Ludwigsburg heraus. In der Diskussion um die Feinstaubbelastung haben wir mit unserem Antrag immer-

hin erreicht, dass die Stadt einen Zeit- und Investitionsplan für das Ludwigsburger Radwegenetz vorlegen muss. Ernüchterung dann bei der Verkehrsklausur: Während alle denkbaren Umgehungsstraßen ausführlich diskutiert wurden, blieb für das Fuß- und Radwegenetz gerade mal eine halbe Stunde. Das reichte dann auch, weil man sich auf Kosmetik wie bessere Beschilderung beschränkte. Immerhin konnten sich die Teilnehmenden endlich mehrheitlich zu einer Unterstützung der Planung einer Stadtbahn von Remseck nach Markgröningen durchringen. Eine von uns geforderte Stadtbahn ins Tammerfeld ging dann aber schon wieder zu weit, obwohl wir damit auch einen Tunnel auf der B 27 durch Eglosheim realisieren könnten. Nach fünf Jahren wurde unser Antrag „Kinderwege“ beantwortet. Mal abgesehen davon, dass sich vieles in der Zwischenzeit erledigt hatte, zeigt das, welche Bedeutung die Stadt diesem Thema beimisst. 9. Bildung und Betreuung „...Bildungs- und Betreuungsangebote werden zukunftsweisend und bedarfsorientiert ausgebaut.“ Zwar steht heute jedem 3-jährigen Kind ein Betreuungsplatz zur Verfügung, für die erhöhten Anforderungen, die an den Kindergarten als Bildungseinrichtung gestellt werden, wäre aber ein qualitativer Ausbau wichtig. Stadt und Gemeinderat (mehrheitlich) wollen aber mit dem Rückgang der Kinderzahlen die Chance für Einsparungen nutzen, statt in die Qualität und den Ausbau der Betreuung für unter 3-jährige zu investieren. Mit der Neugestaltung des Schulcampus wird die Ganztageschule mit Mensabereich ausgebaut und die Aufenthaltsbereiche werden neu gestaltet. Ein Förderkreis hat sich gegründet, der das Projekt begleiten wird. Mit dem neu eingerichteten Fonds „Jugend-Bildung-Zukunft“ sollen schulübergreifende Projekte gefördert und ehrenamtliches Engagement organisiert werden. 10. Sport „Ludwigsburg ist die Heimat von vielfältigen Breitensport- und herausragenden Spitzensportmöglichkeiten...“ Nachdem die Rundsporthalle für die Basketballer umgebaut wurde, ist – mit entsprechender Leistung – der Verbleib in der Bundesliga erstmal gesichert. Trotzdem fordern die Spitzensportler

weiterhin eine Sporthalle für 4000 – 5000 Zuschauer. Auch die Verwaltung macht sich stark für eine Multifunktionshalle. Wir sehen dafür keinen so dringenden Bedarf, der Investitionen der Stadt in Höhe von 10 Mio. € und jährliche Belastung von einer halben Million Euro rechtfertigen würde. Mit der neuen Innenstadtsporthalle, der Sanierung der Mehrzweckhalle und dem Neubau einer weiteren Sporthalle in Eglosheim investiert die Stadt immerhin auch schon 10 Mio €! 11. Energieversorgung „...Die Energiepolitik ist nachhaltig, sie basiert auf regenerativen Energien, deren Anteil ständig steigt. Energie wird eingespart...“ Nach dem Scheitern der Kooperation mit der EnBW hat der Gemeinderat beschlossen, dass die Stadtwerke langfristig anstreben, das Stromnetz selbst zu übernehmen und in die Dienstleistungen zusätzlich Strom aufzunehmen. Der geplante Erwerb des Stromnetzes in Poppenweiler ist dazu ein erster Schritt. Unser wiederholt gestellter Antrag zum Bezug von Ökostrom wurde solange zurückgestellt. Über die Ludwigsburger Solarinitiative haben sich bereits drei GbR gegründet, die eine gemeinsame Anlage Dach betreiben. Die Stadtwerke haben auf der Oststadtschule eine neue Photovoltaikanlage eingeweiht. Während die Nutzung von Erdwärme für viele noch utopisch klingt, gibt es hier bereits zwei Unternehmen (Ziemann und LVL) die die Geothermie für sich nutzen. Die Flakkasermie soll ein energetisch optimiertes Baugebiet werden. Derzeit wird auch untersucht, ob die Nutzung von Erdwärme in diesem Gebiet eine Option ist.

Wie geht es weiter?

Eine 2. Zukunftswerkstatt, die auf die Ergebnisse der ersten aufbaut, findet Ende März statt. Anschließend wird der Gemeinderat über die Ergebnisse beraten und einen Masterplan erstellen. Die Beteiligung von Bürgern ist damit nicht abgeschlossen, sondern soll sich in einem Prozess weiter entwickeln. Dazu dienen auch die neu geschaffenen Beiräte und der Fachbereich Bürgerschaftliche Kooperation. Die Nachhaltigkeit in der Kommunalpolitik war auch Thema unserer Rede zum Haushalt 2006. (reda)

Podiumsdiskussion zur Grünen Gentechnik

VON MONIKA VOGGESBERGER

Remseck. Grüne, weiße, rote Gentechnik: wem diese Farbenlehre nicht geläufig ist, der war auf der Podiumsdiskussion im Lamm zum Thema „Brauchen wir Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmitteln?“ genau richtig. Weil die „grüne“ Gentechnik mit uns Grünen allerdings gar nichts zu tun hat, verwenden wir im Folgenden lieber den Begriff „Agrogentechnik“. Bei ihr geht es um den Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen (Soja, Mais, Baumwolle, Raps, Kartoffel). Unter „weißer“ Gentechnik versteht man die biotechnologische Erzeugung von Enzymen und Lebensmittelzusatzstoffen. Die Anwendung in Medizin und Pharmazie für diagnostische und therapeutische Zwecke ist dann die „rote“ Gentechnik.

Brauchen wir Agrogentechnik?

Die aktuellen politischen Diskussionen sowie konkrete Fälle von Saatgutverunreinigung, die vergangenes Jahr in Remseck vorkamen, veranlassten Karl Burgmaier, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Gemeinderat und Mitglied des Ortsvorstands, dieses schwierige Thema bei einer Diskussion aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. Jürgen Leutenecker von der Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Ortsvereine Remseck wies auf das Dilemma der Landwirte hin: „Die Erwartungen an uns Landwirte sind hoch. Wir sollen garantieren, dass die erzeugten Nahrungsmittel gentechnikfrei sind, aber der Saatgutverkäufer gibt uns keine Garantie.“ Die Gentechnik habe viele Vor- aber genauso viele Nachteile. Einige der anwesenden Landwirte beklagten die geringe Bereitschaft der Verbraucher, angemessene Preise für gute Produkte zu zahlen. Der Vorsitzende des Kreisbauernverbands, Eberhard Zucker, wies darauf hin, dass „70 % der Verbraucher keine gentechnisch verän-



DAS KOMPETENT BESETZTE PODIUM: DR. DIRSCHERL, JÜRGEN LEUTENECKER, DR. BURGMAIER, DR. JANY, JÜRGEN WALTER (V. L.N.R.). FOTO: MARTIN FRISCHAUF

derten Pflanzen wollen. Daran müssen wir uns orientieren.“ Die ethische Seite der Gentechnik betonte Dr. Clemens Dirscherl, Agrarbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschlands. Das Fazit seines lebhaft und überzeugend vorgetragenen Statements: „Eine Koexistenz des Anbaus von gentechnisch veränderten und normalen Pflanzen ist nicht möglich und zum heutigen Zeitpunkt nicht nötig. Wir wissen noch zu wenig, die Begleitrisiken sind zu unerforscht.“

Akzeptieren wir Gentechnik?

So müsse die Frage eigentlich lauten, meinte Prof. Dr. Klaus-Dieter Jany von der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel. „Wir können nicht mehr Ergebnisse vorweisen, da unsere Forschung durch permanente Zerstörung der Versuchsfelder behindert wird“, verteidigt er die Wissenschaftler. Er weist auf mangelnde Differenzierung in der öffentlichen Diskussion hin. Man müsse jeweils nach Pflanzenart, verändertem Merkmal und Anbaugesbiet bewerten. Er räumte ein, dass es eine Nullkonnatation nicht gäbe und dass eine Koexistenz beider Anbauformen in Baden-Württemberg mit seiner kleinteiligen bäuerlichen Struktur bei einigen Ackerkulturen schwierig sei.

„Mit der Agrogentechnik befinden wir uns ökologisch und ökonomisch auf dem Holzweg. Sie ist eine nicht rückholbare Technologie. Einmal ausgebracht, ermöglicht sie keine wirkliche Wahlfreiheit mehr“, warnte Jürgen Walter, agrar- und verbraucherpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion. Er verteidigte das bestehende Gentechnikgesetz, dass den gentechnikfreien Anbau schütze. Politisch brisant ist die Frage nach der Haftung. Nach derzeitigem Stand haftet der Verursacher. CDU, FDP und die Saatgutindustrie möchten einen Ausgleichsfonds einrichten, in den auch Steuergelder fließen sollen.

Verbraucher hat's in der Hand

Am Ende nahmen wir Zuhörer mit, dass das vorhandene Wissen noch viel zu gering ist. Mehr Forschung bei der Umweltsicherheit und Langzeitstudien mit gentechnisch erzeugten Lebensmitteln sind nötig. Umfassende Sicherheitskriterien und Schwellenwerte wären notwendig. Wie in Österreich und Italien wäre es auch für Deutschland wünschenswert, dass einzelne Regionen sich rechtlich verbindlich zur gentechnikfreien Anbauzone erklären können. Wohin soll die Landwirtschaft in Baden-Württemberg gehen? Wir Verbraucher entscheiden mit!!

Für Vaihingen in den Landtag In Bietigheim-Bissingen ist es Zeit für Grün!

Als Landtagskandidatin für Bündnis 90/Die Grünen möchte ich mich bei Ihnen vorstellen. Seit 21 Jahren verrete ich den Ortsverein der Vaihinger Grünen im Stadtrat, seit 15 Jahren als Fraktionsvorsitzende. Hier kennen mich die Menschen als engagierte Kommunalpolitikerin, Mitglied in verschiedenen Vereinen. Als Kindergarten- und Schülermutter, als Nachbarin in der Kernstadt, als „eine von Ihnen“, die die Probleme vor Ort kennt.

lebenswert

Ich lebe gerne in Baden-Württemberg und in Vaihingen. Damit dies so bleibt sind ökologische Belange von großer Bedeutung. So dürfen wir unsere Landschaft nicht noch durch mehr Flächenverbrauch zerstören, müssen unsere Luft mit umweltfreundlicheren Fahrzeugen verbessern und auf öffentlichen Verkehr setzen. Auch unsere Landwirte profitieren vom ökologischen Denken. Unsere Lebensmittel müssen wieder Mittel zum Leben werden – dafür müssen wir auch bereit sein mehr zu bezahlen. Gesunde und ökologisch erzeugte Lebensmittel und clever vermarktete regionale Erzeugnisse könnten zum Markenzeichen der heimischen Landwirtschaft werden. Dazu gehört natürlich auch unser Ziel der „gentechnikfreien Zone Baden-Württemberg“.

klug

Jahrzehntelang war Baden-Württemberg das Musterland für Erfindergeist und Innovation. In einem Land, in dem das Einkommen der Eltern bestimmt, wer studieren kann, fehlen viele kluge Köpfe. Das wollen wir mit Ganztageschulen, die ihren Namen verdienen, Bildungsinvestitionen im Vorschulalter und einer neunjährigen Basisschule ändern. Wir setzen uns für ein gebührenfreies Erststudium ein. Auch die vielen „klugen Ideen“ der Automobil- und Energieindustrie (2-l-Auto, Biodiesel, Holzackschnitzelanlagen) müssen vorangetrieben werden, damit BW nicht in Entwicklungsrückstand bei zeitgemäßen Technologien gerät. Diese Technologien tragen erheblich zum Klimaschutz bei. Durch das Energieeinsparungsgesetz von Rot-Grün wurden auf Bundesebene 250.000 neue Arbeitsplätze geschaffen!

erfolgreich

Mit unserer Kampagne „Weg vom Öl“ haben wir den Weg für ein neues Denken frei gemacht. Ökologisch verträgliche Modernisierung der Industrie schafft nicht nur mehr Arbeitsplätze, sondern spart auch viel Geld. Noch nie mussten Versicherungen so viel für Umweltschäden bezahlen wie im Jahr 2005. Der Mittelstand ist in Baden-Württemberg unser Fundament. Gut 70 % unserer Arbeitsplätze und 80 % unserer Ausbildungsplätze schafft die mittelständische Wirtschaft. Damit dies so bleibt, muss die Politik zwei Voraussetzungen schaffen: faire Rahmenbedingungen und für eine gute Aus- und Weiterbildung sorgen. Unsere Forderung die Atomkraftwerke abzuschalten ist eine mittelständische Energiepolitik und wirkt sich positiv auf das Handwerk aus.

verantwortungsvoll

Als langjährige Vaihinger Stadträtin schaue ich auf die Verschuldung der öffentlichen Hand mit Sorge. In der Regierungszeit von Erwin Teufel haben sich die Schulden des Landes verdoppelt. Zu den ausgewiesenen Schulden kommen noch die Schulden aus den Pensionskassen. Die finanzielle Herausforderung für die Zukunft lautet sparen und gleichzeitig das Notwendige gestalten. Das geht nur, wenn wir Prioritäten setzen. Wir sehen in den Themen Bildung, Forschung und ökologische Modernisierung die wichtigsten Aufgabenbereiche für die zukünftige Lebensqualität. Die Verwaltungsreform hat unserer Meinung nach keine Einsparungen gebracht, sondern nur Kompetenz eingebüßt (z.B. kompetente Fachleute beim Wirtschaftskontrolldienst). Wir lehnen die Großprojekte wie den Bau der Messe oder Stuttgart 21 ab. Auch beim Geld muss es eine klare Zuständigkeit geben: Wer bestellt, der bezahlt (Konnexitätsprinzip). Dies muss im Grundgesetz verankert werden, genauso wie dies eine Schuldenbremse in der Landesverfassung sollte.

gerecht

Immer mehr junge Menschen gründen keine Familie, weil Kinder ein Armutsrisiko bedeuten kann. Das wollen wir ändern. Unsere Politik rückt Kinder und Familien wieder ins Zentrum. Dabei geht es vor allem auch um kinder- und familiengerechte Lebensräume. Nicht nur Spielplätze und familienfreundliche Wohngebiete, sondern auch Betreuungsformen für Kinder, damit die Eltern entlastet werden. Dazu gehört auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kinder dürfen nicht zum Karriereknick für Männer oder Frauen werden. Grüne Politik steht für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen, auch in der Politik und in Führungspositionen in der Wirtschaft. Eine Bundeskanzlerin allein genügt uns nicht. Wir Grüne wollen auch das bürgerschaftliche Engagement würdigen und stärken, sehen aber auch die finanziellen Grenzen und fordern zusätzlich die Wirtschaft auf, ihren Teil der Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Susanne Schwarz-Zeeb

Wer hat sie nicht auch in seinem Freundes- und Bekanntenkreis, Menschen die fragen, ob es sich überhaupt lohnt am 26. März zur Landtagswahl zu gehen. Ich meine, dass es eine ganze Reihe von guten Gründen gibt, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. In zentralen Fragen geht es nämlich bei dieser Wahl um eine Richtungsentscheidung. Es geht beispielsweise darum, ob wir den Ausbau der erneuerbaren Energien so vorantreiben, dass wir im Jahr 2020 bereits mehr als 25% unseres Strombedarf nachhaltig, sprich aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasser und Geothermie abdecken oder ob wir - wie CDU und FDP dies wollen - wieder verstärkt auf die Atomkraft setzen. Dabei geht es auch darum zu entscheiden, ob wir in der zukünftigen Ausrichtung unserer Energiepolitik verstärkt auf eine Strategie setzen, die aus den regenerativen Energietechnologien dank der Entscheidungen während unserer Berliner Regierungszeit eine Wachstumsbranche mit heute mehr als 11 Mrd. € Jahresumsatz und 150.000 Arbeitsplätzen gemacht hat oder auf eine Altechnologie, die mit enormen Risiken und ungelösten Endlagerproblemen behaftet ist und zudem - siehe die bundesweit an der Spitze rangierenden Strompreise der EnBW - die Verbraucher teuer zu stehen kommt.

Es geht bei dieser Wahl auch darum, ob wir dem Einzug der Gentechnik in die baden-württembergische Landwirtschaft Tür und Tor öffnen oder ob wir mit dem Kriterium „gentechnikfrei erzeugte Lebensmittel“ werben, um hochwertige landwirtschaftliche Produkte zukünftig noch besser vermarkten zu können. Kaum etwas ist bislang über die langfristigen Risiken dieser Technologie bekannt, weshalb gentechnisch erzeugte Lebensmittel von der großen Mehrheit der Verbraucher zu Recht kategorisch abgelehnt werden. Die eh schon unter dem Druck der Strukturanpassung leidende Landwirtschaft würde man mit der Freigabe der Gentechnik zusätzlich auch noch in die Abhängigkeit internationaler Saatgutkonzerne treiben.

Sinnvoller investieren

Ob wir drei Milliarden Euro in das völlig sinnlose Tunnelbahnhofpro-

jekt „Stuttgart 21“ vergraben oder ob wir die knapper werdenden Finanzmittel besser in ein attraktives Bus- und Bahnangebot investieren, was dem ganzen Land zu Gute kommt – auch diese Frage steht am 26. März zur Entscheidung an. Gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort ist es in letzter Minute gelungen den zweigleisigen Ausbau der S-Bahn zwischen Benningen und Freiberg doch noch auf die Schienen zu setzen. Eine Entscheidung pro Stuttgart 21 droht die

unserem Land an bezahlbaren Ganztagesplätzen in Kindertagesstätten, in Kindergärten, in der Grundschule bis hin zum Gymnasium. Zur Verbesserung dieser Situation haben wir vorgeschlagen, das Landeserziehungsgeld in einen Zuschuss an die Kommunen für Kinderbetreuung umzuwidmen. Und es geht auch darum zu entscheiden, ob CDU und FDP gemeinsam ihre harte Linie gegen Ausländer fortsetzen können, wie sie zuletzt mit dem unsäglichen Fragebogen zum



DIE GRÜNE JUGEND PROTESTIERT AUF DER LDK GEGEN STUTTGART21

ebenfalls zugesagte Finanzierung des S-Bahn-Ringschlusses zwischen Marbach und Backnang wieder zum Kippen bringen. Die von uns angestrebte Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken – ich nenne hier nur die Bottwartalbahn zwischen Marbach und Beilstein – würde angesichts dann leerer Kassen wohl für immer grünes Wunschdenken bleiben.

Bei dieser Wahl geht es auch darum, ob wir die soziale Schieflage unseres Bildungssystems korrigieren oder ob diese durch den Lerndruck im achtjährigen Gymnasium noch weiter zunimmt. Nicht einmal jedes zehnte Kind aus unteren Einkommenschichten schafft heute in Baden-Württemberg den Eintritt in die Universitäten. Die sozial ungerechten Studiengebührenbeschlüsse der Landesregierung werden diese Situation vermutlich noch weiter verschärfen.

Es geht am 26. März darüber hinaus darum, ob Eltern sich zukünftig besser als bislang auf eine gute Kinderbetreuung verlassen können. Es fehlt in

Ausdruck kam, der integrationswillige muslimische Mitbürger generell einem Generalverdacht aussetzt. Ungeachtet verfassungsrechtlicher Fragen kann man über manches in diesem Fragebogen nur den Kopf schütteln. Mit einem weltoffenen Baden-Württemberg, in dem Menschen – ihre Integrationswilligkeit vorausgesetzt – ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Glaubens zusammenleben können, hat dies alles nicht das Geringste zu tun.

Zu guter Letzt geht es am 26. März auch darum, ob die Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen zukünftig auch wieder mit einem grünen Abgeordneten im Landtag vertreten sein möchten. CDU und SPD haben ihren Sitz aufgrund der Größe des Wahlkreises sicher. Ich dagegen benötige ein sehr gutes Ergebnis, um in dem verkleinerten Wahlkreis ein Mandat zu erringen. Für meinen Teil möchte ich in den kommenden Wochen alles dafür tun, um dieses Ziel zu erreichen.

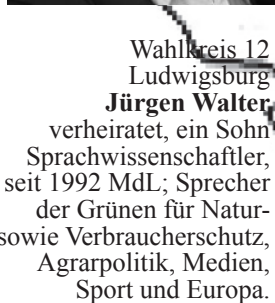
Franz Untersteller



Wahlkreis 13 Vaihingen
Susanne Schwarz-Zeeb
verheiratet, 3 Söhne
Sozialarbeiterin, nun
selbstständige Yogalehrerin
Fraktionsvorsitzende im
Vaihinger Stadtrat



Wahlkreis 14
Bietigheim-Bissingen
Franz Untersteller
verheiratet, 2 Kinder
Dipl.-Ingenieur
Parlamentarischer
Berater der grünen
Landtagsfraktion für
Energie- und
Umweltpolitik



Wahlkreis 12
Ludwigsburg
Jürgen Walter
verheiratet, ein Sohn
Sprachwissenschaftler,
seit 1992 MdL; Sprecher
der Grünen für Natur-
sowie Verbraucherschutz,
Agrarpolitik, Medien,
Sport und Europa.



Auskunft über Situation an den Gymnasien

Eltern und Lehrer können Fragebögen ausfüllen

Der als Beruhigungsspiel gedachte Elternbrief von Kultusminister Rau hat eher das Gegenteil bewirkt. Die Eltern würden sich nach wie vor unverstanden fühlen und seien weiterhin beunruhigt darüber, dass im Gymnasium de facto ein Ganztagesbetrieb eingeführt wurde, ohne dass die Schulen organisatorisch darauf vorbereitet seien. Realität sei, dass sich viele Kinder und Eltern mit der Situation überfordert fühlen.

Der Minister verharmlost in seinem Brief die Situation und redet sie schön. Nun soll er darüber aufklären, an welchen Schulen im Landkreis Ludwigsburg es nach der Umstellung auf den achtjährigen Bildungsgang im Gymnasium zu vermehrten Beschwerden der Eltern gekommen ist. Angesichts der Vielzahl von Klagen liegt es auf der Hand, dass diese nicht aus der Luft gegriffen sind. Ich möchte wissen, welche Maßnahmen die Schulen, das zuständige Regierungspräsidium und das Ministerium bisher

ergriffen haben, um der vielfach beklagten Überlastung der Kinder entgegen zu wirken. Gibt es auch schon Erkenntnisse über ein Anwachsen der Konsultationen von Kinderpsychologen wegen Überlastungssymptomen im achtjährigen Gymnasium? Aufgrund von Briefen von Kinderärzten an die grüne Landtagsfraktion sei dies eine durchaus berechtigte Frage.

In einer Landtagsdebatte hat Minister Rau Maßnahmen zur Reduktion des Lerndrucks angekündigt. Allerdings hat Rau das Parlament darüber im Unklaren gelassen, um welche Maßnahmen es sich dabei handelte. Ist die Landesregierung inzwischen aktiv geworden oder ist es bei den Ankündigungen geblieben? Und haben die Diskussionen im Vorfeld des achtjährigen Gymnasiums Eltern schon bewegt, ihre Kinder trotz Empfehlung fürs Gymnasium auf eine andere weiterführende Schule zu schicken. Dies wäre kontraproduktiv, denn schon heute würden zu wenige Schüler eines

Jahrgangs letztendlich ein Studium beginnen. Andere Länder seien in dieser Frage wesentlich besser aufgestellt. Die Verdichtung des Unterrichts in der Unterstufe sei hauptverantwortlich, dass es zu den bekannten Problemen käme.

Frau Schavan hatte einst versprochen, dass die Verdichtung keine Probleme mit sich bringen würde. Dieses Versprechen ist genauso wenig haltbar wie ihre Aussage, das achtjährige Gymnasium werde nicht zu vermehrtem Nachmittagsunterricht führen. Es ist an der Zeit, dass ihr Nachfolger alle Geburtsfehler des achtjährigen Gymnasiums behebt.

Um die Angaben des Ministeriums mit den Aussagen der Eltern vergleichen zu können, können alle interessierten Eltern und Lehrern einen Fragebogen ausfüllen. Der Fragebogen kann im Büro von Jürgen Walter im Landtag angefordert (0711/2063-663) oder unter www.juergenwalter.de abgerufen werden. Jürgen Walter

Trinken Sie Apfelsaft aus China?

Die Globalisierung rüttelt an unseren Streuobstbäumen

Weite Teile unserer Landschaften sind auch heute noch von Streuobstwiesen geprägt. Wer von uns genießt nicht Spaziergänge zwischen blühenden Obstbäumen? Diese Idylle ist jedoch mehr und mehr gefährdet. Seit 1965 sind die Bestände landesweit um rund die Hälfte auf heute noch 180.000 ha zurückgegangen. Rund 4000 ha an Streuobstwiesen haben wir heute noch im Landkreis Ludwigsburg. Allein in unserem Landkreis hat die Siedlungsfläche im Verlauf der letzten 25 Jahre um 2800 ha zugenommen, meist auf Kosten der ortsnahen Streuobstgürtel.

In den letzten Jahren sind nun zunehmend ökonomische Aspekte hinzugekommen, die den Erhalt der Streuobstbestände immer schwieriger werden lassen. Der dramatische Preisverfall bei heimischem Obst und – als Folge davon – die mangelnde Pflege, die Überalterung der Streuobstbestände und erhebliche Probleme beim Generationenwechsel von Besitzern und Pächtern sorgen heute immer öfter dafür, dass viele wertvolle Bestände für immer aus unseren Kulturlandschaften verschwinden.

Die Diskussion um die Folgen der globalen Marktöffnung ist uns bislang eher als industriepolitisches Thema aus den Wirtschaftsseiten der Tagespresse geläufig. Doch immer stärker rüttelt mittlerweile auch die Globalisierung an unseren Streuobstbäumen. Statt hochwertigem Apfelsaft aus heimischen Streuobstwiesen landen heute in großem Umfang Billigsäfte, die auf der Basis von aus Fernost, dem Iran, der Ukraine, der Türkei und Polen importierten Konzentraten hergestellt werden, in den Einkaufskörben. Hochwertige Direktsäfte aus heimischem Streuobst haben gerade noch einen Marktanteil

von 10 %. Rund 90 % des hierzulande abgefüllten Apfelsaftes werden heute auf Konzentratbasis hergestellt, wobei lediglich noch 30 % dieses Konzentrats aus heimischem Streuobstbeständen stammen. Angesichts dieser Entwicklung ist der Spruch „Apfelsafttrinker sind Naturschützer“ reif für den Papierkorb.

Was tun? Mit dem Kauf von Apfelsäften aus heimischem Streuobst tun Verbraucherinnen und Verbraucher etwas für ihre Gesundheit und für den Erhalt unserer hochwertigen Kulturlandschaften. Es passt nun mal nicht zusammen, wenn man einerseits den importierten Billigsaft kauft, gleichzeitig aber in einer intakten Landschaft mit ihren wunderschönen Streuobstwiesen wohnen, leben und sich erholen will. Ohne eine solche bewusste Entscheidung durch die Verbraucher ist das Ende der unsere Kulturlandschaft prägenden Streuobstwiesen absehbar.

Seitens der Politik muss aber auch über eine Verbesserung der Produktkennzeichnung sichergestellt werden, dass für die Verbraucherinnen und Verbraucher die Herkunft (z.B. 100 % Direktsaft aus heimischen Streuobstwiesen) leicht erkennbar sei. Die vom Land im Rahmen des so genannten MEKA-Programms gewährte Streuobstförderung von 100 €/ha muss angehoben und zugleich auf Nichtlandwirte ausgeweitet werden. Daneben gilt es die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, um die bei Bauvorhaben im Außenbereich oftmals festgesetzte Ausgleichsprämie verstärkt als Pflegeprämie für vorhandene Streuobstwiesen einsetzen zu können.

Franz Untersteller



Arbeitsmarkt bereitet Sorge in der Region

Stuttgart weiterhin stärkste Region im Land / Zum Strukturbericht 2005

VON ILSE MAJER-WEHLING

Die Region Stuttgart ist zwar weiterhin die stärkste Region im Land, aber der Beschäftigungsabbau ist Besorgnis erregend

Der Strukturbericht 2005, der zum fünften Mal gemeinsam vom VRS, der IHK, HWK und IG Metall Region herausgegeben wurde, beschreibt die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Stuttgart in den vergangenen zwei Jahren. Trotz der guten wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerbsfähigkeit ist die Wirtschaft in der Region von einer schwachen Dynamik gekennzeichnet. Der Vorsprung gegenüber anderen Regionen hat sich erkennbar verringert. Die Beschäftigung nimmt seit 2002 kontinuierlich ab und der Traum, Beschäftigung könnte vorwiegend im Dienstleistungsbereich aufgebaut werden, ist vorläufig ausgeträumt.

Im Bericht wurden die 3 Schlüsselbranchen der Region- Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Informations-/Kommunikationstechnologien sowie Maschinenbau – besonders unter die Lupe genommen. Nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch das Know-how industrieller Produktion gehen verloren. Verlierer sind dabei Produktionsarbeitsplätze in der Fertigung und dabei v. a. gering qualifizierte Frauen. Der Druck auf Arbeitsplätze bei den Zulieferern nimmt zu.

Bei der Vorstellung des Berichts im Arbeitskreis Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik wurde prognostiziert: Deutschland hat im Fahrzeugbau den Zenit überschritten; Outsourcing und Abbau von Arbeitsplätzen werden weiter voranschreiten; bis 2015 wird der Arbeitsplatzabbau bei Herstellern 20 %, bei Zulieferern 30 % betragen. Nur in Teilbereichen der Elektroindustrie, z.B. Elektronik, würden noch Arbeitsplätze geschaffen.

Schwerpunktthema „Innovation in den Schlüsselbranchen“

„Menschen machen Innovation. Innovation braucht Netzwerke und das Zusammenspiel von Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Produktion“ – so die Grundaussage der Autoren zum Schwerpunktthema des Berichts. Für Innovationsprozesse sind unbedingt nötig:

1. sehr gute Fachkräfte und permanente Weiterbildung
 2. eine industrielle Basis, auf der das Zusammenspiel von Produktion, Forschung und Entwicklung stattfinden kann und
 3. ein innovatives Dienstleistungsangebot der öffentlichen Hand.
- Die Region – so heißt es – tut sich schwer bei tief greifenden neuen Entwicklungen (sog. Basisinnovationen). Sie hat Schwächen in Bereichen außerhalb der Schlüsselbranchen und sollte „auch vor dem Hintergrund einer verstärkten Clusterorientierung unter dem Motto Stärken stärken vermeiden, eine regionale Monokultur entstehen zu lassen“.

Ferner wird auf Umsetzungsprobleme, z.B. bei Patenten („Patente müssen Wertschöpfung generieren“) und beim Technologietransfer zu den kleinen u. mittleren Unternehmen (KMU) hingewiesen. Auch müssten die Beschäftigten unbedingt eingebunden werden („in der Erschließung der Po-



tenziale der Mitarbeitenden liegen Chancen für die kontinuierliche Verbesserung der Produkte und Arbeitsprozesse“).

Handlungsempfehlungen...

Angesichts dieser Befunde besteht Handlungsbedarf. Da aufgrund der demografischen Entwicklung der Themenkomplex Arbeit-Alter-Qualifizierung für die Unternehmen der Region weiterhin von großer strategischer Bedeutung ist, sollte die Umsetzung einer langfristigen Personalpolitik schneller als bisher erfolgen.

Im Schwerpunktthema „Innovationen in den Schlüsselbranchen“ wird gefordert:

- Die hohe Innovationsfähigkeit der Region in allen wichtigen Technikfeldern muss erhalten,
- die technologischen Kernkompetenzen und Innovationsnetze gestärkt,
- die Innovationspotenziale der öffentlichen Forschungseinrichtungen besser genutzt und
- der Technologietransfer so organisiert werden, dass das Wissen aus Forschung und Entwicklung auch für Nichtwissenschaftler verständlicher und in stärkerem Umfang als bisher in die Wirtschaft der Region einfließt.

...auch von uns

Spezielle Handlungsempfehlungen an die die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) anknüpft:

- Die WRS prüft zusammen mit den Kammern und Institutionen der Technologieberatung, welche weiteren Branchen-Cluster für die Region relevant sind, welche Initiativen zur Gründung von Netzwerken oder regionalen Kompetenzzentren (Rekize) in Gang gesetzt werden können,
- Die WRS prüft ob analog zum Standortdialog Fahrzeugbau, der verstetigt werden soll, eine Standortinitiative Maschinenbau realisiert werden soll.
- Die WRS und die Kammern untersuchen, wie v. a. für KMU das Angebot der Rekize, Netzwerke, reg. Forschungsverbände und der Technologie-Beratungsstellen der Kammern und des Handwerks transparenter und übersichtlicher dargestellt werden kann.

Persönliche Bewertung

Für mich stellt sich die (ethische) Frage, wie man dem Abbau der Erwerbsarbeit begegnen kann.

Mir scheint eine Politik wichtig, die die Arbeitskräfte in den Mittelpunkt stellt, die den Verlust von Erfahrungswissen älterer Arbeitnehmer entgegen wirkt und die Älteren wie Jüngeren Qualifizierung bietet. Nur so können die Menschen durch innovative Beiträge am Erfolg der Region mitarbeiten. Das würde auch dem Fachkräftemangel entgegen wirken, ein Feld, auf dem die regionale Wirtschaftsförderung direkt betroffen ist.

Qualifizierung!

Eine kontinuierliche Qualifizierung ist schon deshalb notwendig, weil in der Region einem im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohen Anteil Hochqualifizierter (Bund 9,3 Prozent, Region 13,1 Prozent) ein ebenfalls überdurchschnittlich hoher Anteil an Beschäftigten ohne Berufsabschluss gegenüber steht (Bund 9,3 Prozent, Region 14,6 Prozent).

Qualifizierung ist für uns Grüne ein Teil einer umfassenden Bildungspolitik. Die Qualifizierung von Erwerbstätigen ist jedoch keine alleinige Aufgabe der öffentlichen Hand, sondern auch der Tarifparteien und der einzelnen ArbeitnehmerInnen.

Nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Europäischen Union zur Innovationsfähigkeit ihrer Mitgliedsstaaten sind die Bildungs- und Ausbildungssysteme in Deutschland immer weniger in der Lage, den innovativen Wirtschaftsunternehmen gut ausgebildete und lernfähige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Ein „negativer Trend“ zeichne sich ab, sowohl bei der Ausbildung von Wissenschaftlern und Forschern als auch allgemein beim Bildungsniveau, das Jugendliche erreichen (die Kammern und Betriebe klagen schon seit Langem über mangelhafte Ausbildungsreife bei SchülerInnen!). Auf beiden Gebieten liege Deutschland unter dem europäischen Durchschnitt. Der Strukturbericht wird am 15.2. im Wirtschaftsausschuss (WIV) vorgestellt. Wir Grüne im WIV werden einige konkrete Forderungen im Sinn obiger Bemerkungen an WRS und Verband stellen.

Neues aus dem Netz

Liebe Leserin, lieber Leser, nachdem ich eine kleine Pause eingelegt habe, hier wieder einige interessante Informationen aus dem Netz. Diesmal dreht sich alles um Adressen, die mit dem Kreisverband zu tun haben, das heißt, auch mit dem Wahlkampf und unseren Kandidaten. Zunächst möchte ich auf www.susanne-schwarz-zeeb.de aufmerksam machen, der Homepage unserer Kandidatin Susanne Schwarz-Zeeb für den Wahlkreis 13 Vaihingen. Die Homepage von Franz Untersteller, der im Wahlkreis 14 Bietigheim-Bissingen antritt, findet sich unter www.franz-untersteller.de.

Jürgen Walter (MdL), Kandidat im Wahlkreis 12 Ludwigsburg, präsentiert sich unter www.juergenwalter.de. Auf den jeweiligen Seiten finden sich unter anderem auch die Termine der Veranstaltungen der Kandidaten und ihren Gästen. Der Ortsverband Gerlingen hat seinen Internetauftritt überarbeitet und ist nun unter www.gruenegerlingen.de zu finden. So, das soll's für diesmal gewesen sein. Aber auch hier gilt: Für Kritik und Anregungen bin ich unter maxbleif@t-online.de immer ansprechbar. Gruß, Max Bleif

TERMINE

Wahlkreis 12 Ludwigsburg

- 21.02. 20:00 Uhr
„Weg vom Öl“
mit Dr. Joachim Nitsch, Uni Stuttgart
Asperg, Gasthof Lamm, Lammstr. 1
- 22.02. 20:00 Uhr
„Die Vision Neckarpark: Den Neckar für die Menschen erlebbar machen“
Remseck-Aldingen, Paradiso, Neckarkanalstr. 41
- 23.02. 20:00 Uhr
„Die Wellküren“
Podium Ludwigsburg
- 01.03. 19:00 Uhr
Politischer Aschermittwoch
mit Cem Özdemir, Rezzo Schlauch und Otmar Traber (Kabarett)
Ludwigsburg, Ratskeller, Wilhelmstr. 13
- 02.03. 20:00 Uhr
„Politik für Eine Welt!“
mit Uschi Eid, MdB
Staatsarchiv Ludwigsburg, Arsenalplatz
- 03.03. 20:00 Uhr
Theater Lindenhof mit „Schiller, Klinsmann und mir“ in der Alten Gemeindehalle in Remseck-Hochberg
- 04.03. 20:00 Uhr
Jürgen Walter und die Kornwestheimer Grünen präsentieren Christoph Sonntag Kornwestheim, Kulturhaus
- 06.03. 20:00 Uhr
„Das Automobil der Zukunft“
mit Matthias Berninger, MdB, Hans-Peter Wandt, Toyota u.a.
Ort wird noch bekanntgegeben
- 07.03. 20:00 Uhr
„Die Zukunft der Arbeit“
Diskussion mit Götz Werner, Leiter der Drogeriemarktkette dm; Frank Zach (DGB) und Gottfried Härle, Brauereientnehmer und Vorstandsmitglied von „Unternehmensgrün“
av Communications, Film- und Medienzentrum Ludwigsburg, Königsallee 57
- 10.03. 20:00 Uhr
„Da droben sitzt die Demokratenbrut“
Lesung zum Hohenasperg mit Wolfgang Höper und Jörg Schweigard
Asperg, Glasperlenspiel, Kelterstr. 5
- 11.03. 20:00 Uhr
„Green Party – Deine erste Wahl!“
Gaststätte Plaza, Ludwigsburg
- 12.03. 18:00 Uhr
„Die neue Ess-Klasse“, Abend rund um das Boeuf de Hohenlohe mit Manfred Kurz. Unkosten: 20 € (3-Gänge-Menü)
Bürgerhaus Möglingen, Brunnenstr. 11
- 14.03. 20:00 Uhr
„Jetzt aber Grün!“ mit Dieter Salomon
Podium Ludwigsburg
- 17.03. 19:30 Uhr
Oswald Metzger
Gaststätte Schießtal, Remseck
- 18.03. 20:00 Uhr
Gerhard Polt und die Biermösl Blosn
Ludwigsburg, Forum am Schlosspark
- 19.03. 13:30 – 18 Uhr
Kinderfest in der Stadthalle Asperg
- 20.03. 17:30 – 19 Uhr
After Work Party mit Renate Künast
Ludwigsburg
- 21.03. 10:30 Uhr
„Politik für Handwerk und Mittelstand“
mit Fritz Kuhn MdB
Ludwigsburg, Würtembergischer Hof, Bismarckstr. 24
- 22.03. 20:00 Uhr
Jürgen Trittin MdB
Ratskeller Ludwigsburg
- 24.03. 20:00 Uhr
„Literarische Weinprobe“ mit Wolfgang Höper und Bernd Kreis
Tamm, Altes Rathaus, Hauptstr. 43

aktuelle Termine: www.juergenwalter.de

Wahlkreis 13 Vaihingen

- 02.03. 16:00 Uhr
Uschi Eid in der Diskussion
Vaihingen, EineWeltladen, Stuttgarter Str.
- 05.03. ab 11:30 Uhr
Bürgerbrunch/Sersheim
ab 10:00 Uhr Wanderung rund um Ditzingen mit Einkehr
- 07.03. 20:00 Uhr
Podiumsdiskussion der UB
Bürgersaal, Rathaus Ditzingen
- 08.03. 17:00 Uhr
öff. Besichtigung Biogasanlage K. Schmid
19:00 Uhr
Veranstaltung über regenerative Energien
Münchingen/näheres siehe Tagespresse
- 09.03. 15:30 -18:30 Uhr
Podiumsdiskussion zur Bildungsvielfalt
Vaihingen, Freie Waldorfschule
- 10.03. 19:30 Uhr
Ernesto Cardinal (Eintritt 6 €)
Vaihingen, Spitalkeller
- 12.03. 10:00-13:00 Uhr
Wanderung rund um Sachsenheim
Großsachsenheim, Treffpunkt Hallenbad
- 13.03. 19:30 Uhr
Thomas Gering zur Bildungspolitik
3Giebelhaus, Ditzingen
- 14.03. 14:00 -16:00 Uhr
Podiumsdiskussion
Altenhilfezentrum, Gerlingen
- 15.03. 20:00 Uhr
Reinhardt Bütikofer
Gerlingen, Stadthalle

aktuelle Termine unter www.susanne-schwarz-zeeb.de

Wahlkreis 14 Bietigheim-Bissingen

- 22.02. 20:00 Uhr
„Wieviel Staat können wir uns noch leisten?“ mit Oswald Metzger
Hotel Otterbach, Bietigheim-Bissingen, Bahnhofstraße 153
- 25.02. 14:00 Uhr
„Obstbäume schneiden wie Helmut Palmer“ – Baumschnittkurs samt Infos über die Zukunft unserer Streuobstwiesen mit Boris Palmer MdL
Treffpunkt: Aussichtsplatte Lug Bietigheim-Bissingen
- 25.03. ab 20:00 Uhr
Jede Stimme zählt – Auf (Kneipen)wahlkampf tour bis nach Mitternacht

aktuelle Termine unter www.franz-untersteller.de

Impressum

GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Uhland, Uhlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

Redaktion (ViSDP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination
Christian Gärtner, Julia Schweizer
gruenspiegel@gmx.de

Druck
Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe
Januar/Februar 2006

Auflage
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

ANZEIGE

Coaching Training Beratung

für persönlichen und geschäftlichen Erfolg



Ich berate, unterstütze und begleite Sie bei:

- der Klärung von grundsätzlichen Fragen zu Ihrer persönlichen und beruflichen Lebensgestaltung
- der Erkennung und Entwicklung Ihrer vorhandenen Potenziale, Kompetenzen und Stärken
- der nachhaltigen Verbesserung Ihrer Kommunikation, Ihrer Selbstdarstellung, Überzeugungskraft und Durchsetzungsfähigkeit
- aktuellen Spannungs- oder Konfliktsituationen
- der Bewältigung Ihrer veränderten Berufs- und Lebensplanung infolge drohendem Personalabbau

Rosenstraße 22
71409 Schwaikheim
Telefon: 07195 / 97 78 42
s.goerner@worldonline.de
www.susanne-goerner.de

susanne.göner

coaching, kommunikation, mediation.